

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de

11.10.2023

INHALTSVERZEICHNIS



Kommunale Belange und regionale Entwicklung	2
Frankfurt: Bewerbungsphase für Anti-Geldwäschebehörde AMLA gestartet	2
Wiederaufbaufazilität: DE beantragt erste Auszahlung	2
IPCEI: Forum für wichtige Vorhaben von gemeinsamem Interesse	3
Zusammenarbeit FR: Ausschreibung zum Deutsch-Französischen Tag 2024	3
Verkehr und Mobilität	4
Radverkehr: Kommission schlägt EU-Radverkehrserklärung vor	4
Umweltfreundliche Flugkraftstoffe: Einigung zu neuer Verordnung	4
Euro 7: Rat einigt sich auf gemeinsame Position	5
Multimodale digitale Mobilitätsdienste: Rechtsakt verschoben	5
Connecting Europe-Fazilität: Förderaufrufe im Bereich Verkehr	6
Energie, Klima und Umwelt	6
Luftqualität: EP legt Position zu neuer Richtlinie fest	6
Konsultation: Gestaltung der zusätzlichen EU-Bauhaus-Mission	7
Kurz notiert: RED und AFIR final bestätigt	8
Wirtschaft, Forschung und Innovation	9
Digitale Dekade: Erster Umsetzungsbericht	9
Forschung und Innovation: Neue Förderaufrufe in Horizont Europa	9
Neues aus dem Europabüro	11
Stellenausschreibung: Fachreferent Europapolitik (m/w/d)	11
Folgen Sie uns auf Twitter	12



Kommunale Belange und regionale Entwicklung

Frankfurt: Bewerbungsphase für Anti-Geldwäschebehörde AMLA gestartet

Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten haben sich auf die Kriterien zur Auswahl des Sitzes der neu einzurichtenden Behörde für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA) geeinigt. Die Kommission öffnete nun einen [Aufruf](#) zur Bewerbung.

Bis zum 10. November 2023 können sich die EU-Mitgliedstaaten mit jeweils einem Standort bewerben. Ausschlaggebend für den Zuschlag sind unter anderem Standortfaktoren wie geeignete Büroflächen, Bildungseinrichtungen, verkehrstechnische Erreichbarkeit sowie Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Sicherheit und medizinische Versorgung für zukünftige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie deren Familien. Weitere Kriterien werden die Nähe zu Finanzinstitutionen und eine geographische Ausgewogenheit sein.

Als Teil des [Legislativvorschlags](#) der EU-Kommission aus dem Jahr 2021 soll die AMLA eine führende Rolle bei der Aufsicht über die Geldwäschebekämpfung in Europa einnehmen. Bei ihr könnten in den ersten Jahren ca. 250 Beschäftigte arbeiten und später bis zu 400.

Deutschland bewirbt sich mit dem Standort Frankfurt um den Sitz der EU-Behörde zur Geldwäschebekämpfung. Für die Bewerbung der [AMLA in Frankfurt](#) wurde eine eigene Webseite mit Informationen erstellt.

Nach der Bewerbungsfrist werden die eingegangenen Bewerbungen auf einer Webseite der Europäischen Kommission veröffentlicht. Die Europäische Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament und dem Rat im Anschluss eine Einschätzung zu den Bewerbungen. Nach Auswahl durch das Parlament und den Rat soll die Behörde im Laufe des nächsten Jahres aufgebaut werden und ihre Arbeit aufnehmen.

Wiederaufbaufazilität: DE beantragt erste Auszahlung

Im Rahmen des [Wiederaufbaufonds NextGenerationEU](#) hat Deutschland für Programme aus dem Deutschen Aufbau- und Resilienzplan (DARP) bei der Europäischen Kommission eine erste Zahlung von knapp 4 Mrd. Euro an Zuschüssen beantragt (vgl. [Europa Info 02/2023](#), S. 3).

Ein Zahlungsantrag kann nach Erreichen von verschiedenen mit der Kommission vereinbarten Etappenzielen gestellt werden. Deutschland beruft sich auf das Erreichen von insgesamt 28 Zielen u. a. in den Bereichen Elektromobilität und Ladeinfrastruktur, Wasserstoffforschung, Mikroelektronik, Impfstoffentwicklung, Kinderbetreuung, Förderung von Ausbildungsplätzen, Digitalisierung im Schienenverkehr und bei der öffentlichen Verwaltung sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrssektor.

Zudem hat Deutschland den DARP überarbeitet. Nach einer Aktualisierung des Schlüssels für die Zuteilung der Mittel auf europäischer Ebene kann Deutschland bis zu 28 Mrd. Euro an Zuschüssen erhalten. Zuvor waren es ca. 25,6 Mrd. Euro. So schlägt die Bundesregierung vor, weitere Mittel zur Förderung des privaten



Kauf von Elektrofahrzeugen einzusetzen sowie Programme zur Errichtung von Ladeinfrastruktur und zur Förderung von Fernwärmenetzen auszuweiten.

Der Zahlungsantrag wird zurzeit von der Europäischen Kommission geprüft.

IPCEI: Forum für wichtige Vorhaben von gemeinsamem Interesse

Die Europäische Kommission plant, ein „Gemeinsames Europäisches Forum für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse“ (JEF-IPCEI) ins Leben zu rufen.

Hinter dem Kürzel [IPCEI](#) verbirgt sich ein „Important Project of Common European Interest“, d. h. ein transnationales Vorhaben mehrerer EU-Staaten, das mittels gemeinsamer staatlicher Förderung einen Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit im Einklang mit den EU-Zielen leisten soll.

Das Forum, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern aus Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten sowie Industrie und Wissenschaft zusammensetzt, soll u. a. strategische Technologien für potentielle zukünftige IPCEI ermitteln.

Deutschland hatte sich in der Vergangenheit u. a. an einem [IPCEI](#) zum Thema Wasserstoff und zu Mikroelektronik beteiligt und für Ersteres auch Förderung aus dem Wiederaufbaufonds (s. S. 2) beantragt.

Zusammenarbeit FR: Ausschreibung zum Deutsch-Französischen Tag 2024

Anlässlich des Deutsch-Französischen Tags am 22. Januar 2024 hat der [Deutsch-Französische Bürgerfonds](#) eine [Ausschreibung](#) veröffentlicht, in der Projekte zur deutsch-französischen Zusammenarbeit gefördert werden, die rund um diesen Tag, und zwar vom 18. bis 28. Januar 2024, stattfinden. Anträge können bis zum **12. November 2023** über die [Online-Plattform](#) des Bürgerfonds eingereicht werden.

Die Ausschreibung richtet sich u. a. an Vereine, Bürgerinitiativen und informelle Gruppen ab drei Personen, Städtepartnerschaften, Gebietskörperschaften, gemeinnützige GmbH und Unternehmergesellschaften, Stiftungen sowie wissenschaftliche Institute und Bildungs- und Ausbildungszentren. Die Fördersumme beträgt maximal 5.000 Euro, dabei werden bis zu 80 % der förderfähigen Kosten bezuschusst, u. a. für An- und Abreise, Aufenthalt, Organisation, Fortbildungen und Honorare. Gefördert werden sowohl Austauschprojekte, aber auch solche, die deutsch-französische Beziehungen selbst thematisieren, ein Thema aus deutsch-französischer Sicht bearbeiten oder zur Begegnung mit dem Nachbarland anregen.

Unabhängig von der Projektausschreibung zum Deutsch-Französischen Tag bietet der Deutsch-Französische Bürgerfonds generell ganzjährig Fördermöglichkeiten für Projekte zur deutsch-französischen Zusammenarbeit an. Die genauen [Förderrichtlinien](#) finden sich auf der Website des Bürgerfonds.



Verkehr und Mobilität

Radverkehr: Kommission schlägt EU-Radverkehrserklärung vor

Am 4. Oktober 2023 stellte die Europäische Kommission eine englischsprachige [Europäische Radverkehrserklärung](#) nebst begleitender [Mitteilung](#) vor.

Mit dieser Erklärung soll der Radverkehr als eine der nachhaltigsten und gesündesten Fortbewegungsmöglichkeiten anerkannt werden. Die Europäische Union und die Mitgliedstaaten bekennen sich, gemeinsam mit Regionen und Kommunen, zur Entwicklung und Umsetzung einer wirksamen Radverkehrspolitik auf allen Ebenen mit dem Ziel, den Radverkehr in Europa auszubauen. Dafür seien gemäß der Erklärung neben inklusiven Maßnahmen und der Stärkung der Radverkehrswirtschaft insbesondere der Ausbau von Radverkehrsinfrastrukturen und die Verbesserung der Verkehrssicherheit notwendig. Die Erklärung umfasst auch ein einschlägiges allgemeines Finanzierungsbekenntnis, stellt aber keine zusätzlichen Mittel in Aussicht.

Aus regionaler Perspektive ist besonders erfreulich, dass überörtliche Aspekte des Radverkehrs und die Bedeutung von Radschnellwegen (Art. 3 und 14) ebenso Eingang in die Erklärung gefunden haben wie das multimodale Potential des Fahrrads durch Mobilitätshubs inklusive sicherer Parkmöglichkeiten und attraktiver Sharingangebote (Art. 30 und 31).

Das Europabüro hatte sich gemeinsam mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain mit einer eigenen [Stellungnahme](#) an der Ausarbeitung der Erklärung beteiligt.

Die Erklärung hat zwar keinen rechtsverbindlichen Charakter, soll nun aber dennoch als offizielles Strategiedokument ebenfalls von Rat und Parlament beschlossen werden. Entsprechend übermittelte die Kommission die vorgestellte Erklärung nun an die beiden EU-Gesetzgeber und bat um eine Befassung.

Umweltfreundliche Flugkraftstoffe: Einigung zu neuer Verordnung

Das Europäische Parlament (EP) und der Rat der Europäischen Union erzielten im Juni 2023 eine [Einigung](#) zu einer neuen Verordnung für umweltfreundliche Flugkraftstoffe („ReFuelEU Aviation“, Vorgang [2021/0205 \(COD\)](#), vgl. [Europa Info 07/2021](#), S. 5f.).

Das Ziel der Verordnung ist es, dass ab 2025 2% aller in der EU verwendeten Kraftstoffe in Flugzeugen nachhaltig sind. Bis zum Jahre 2050 soll dieser Mindestanteil dann schrittweise und in exponentieller Form auf 70 % anwachsen. Als nachhaltigen Kraftstoff stufen die EU-Gesetzgeber dabei erneuerbaren Wasserstoff, Biokraftstoffe oder recycelte sowie synthetische Kraftstoffe ein. Ein weiterer Bestandteil der finalen Verordnung ist der Aufbau eines einheitlichen Kennzeichnungssystems, mit dem die Umweltperformance von Flügen transparent gemacht werden kann.

Vertiefende Informationen bietet eine [Infografik](#) des Rates.



Das EP bestätigte diese Einigung formell in seiner Plenumsitzung am 13. September 2023, die Mitgliedstaaten im Rat taten dies am 9. Oktober 2023. Daher kann der Rechtstext nun im Amtsblatt der EU veröffentlicht werden und tritt anschließend in Kraft.

Euro 7: Rat einigt sich auf gemeinsame Position

Der Rat der Europäischen Union legte in seiner Sitzung am 25. September 2023 eine gemeinsame [Position](#) zur neuen Abgasnorm Euro 7 („Verordnung über die Typp Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren“) fest (vgl. [Europa Info 09/2022](#), S. 3f.).

Während sich die Mitgliedstaaten dafür aussprechen, erstmals auch Partikelemissionen von Reifen und Bremsen zu berücksichtigen und schärfere Grenzwerte sowie Testbedingungen bei Bussen und schweren Nutzfahrzeugen festzulegen, wollen sie bei den PKW im Gegensatz zum Kommissionsvorschlag keine Veränderungen gegenüber der aktuellen Euro 6-Norm vornehmen. Aus kommunaler Perspektive von besonderem Interesse ist, dass der Rat ebenfalls die aktuellen Bestrebungen der parallel verhandelten CO₂-Emissionsziele für schwere Nutzfahrzeuge berücksichtigt, ab 2030 nur noch emissionsfreie Busse im Stadtverkehr zuzulassen (vgl. [Europa Info 02/2023](#), S. 7).

Die Euro 7-Regulierung ist als „Gegenstück“ zur Luftqualitätsrichtlinie zu verstehen (s. S. 6), weshalb sich u. a. das Verkehrsnetzwerk POLIS, bei dem der Regionalverband FrankfurtRheinMain Mitglied ist, dafür [ausspricht](#), das Ambitionsniveau bei der Neufassung der Luftreinhaltepolitik und der Euro 7-Norm aufeinander abzustimmen.

Sobald das Europäische Parlament ebenfalls eine Position zur Euro 7-Verordnung gefunden hat, können die Trilog-Schlussverhandlungen zwischen beiden EU-Gesetzgebern beginnen.

Multimodale digitale Mobilitätsdienste: Rechtsakt verschoben

Der angekündigte Vorschlag der Europäischen Kommission für einen Rechtsakt zu multimodalen digitalen Verkehrsdiensten (englisch kurz MDMS, vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 8) liegt vorerst auf Eis: Nachdem bereits mehrere kommunizierte Veröffentlichungsdaten nicht eingehalten werden konnten, ist der Vorschlag nun auf unbestimmte Zeit verschoben. Es wird damit sehr wahrscheinlich vor der Europawahl im Juni 2024 keine entsprechende Initiative der EU-Kommission mehr geben.

Der kommissionsinterne Ausschuss für Regulierungskontrolle hatte den Entwurf eines Rechtsaktes blockiert, weil sich dieser angesichts der umfangreichen Problemstellungen als zu kompliziert herausgestellt habe und Fragen zu Regulierungsumfang und -tiefe noch nicht restlos geklärt seien.

Die Generaldirektion Verkehr betonte im Rahmen eines Netzwerktreffens in Brüssel jedoch, weiterhin an diesem Vorhaben festzuhalten und sobald als möglich auf der Grundlage der durchgeführten [Konsultationen](#) und erarbeiteten Folgenabschätzungen einen Regulierungsvorschlag vorlegen zu wollen. Das Europabüro hatte sich an diesem bereits mit einem [Konsultationsbeitrag](#) beteiligt. Das Verkehrsnetzwerk POLIS, in dem das Europabüro Mitglied ist, positionierte sich ebenfalls gemeinsam mit weiteren Verbänden mit einer [Stellungnahme](#).



Hintergrund:

Der geplante MDMS-Rechtsakt soll einheitliche Regeln für die Integration verschiedener Mobilitätsdienste schaffen, um durch digitale Verkehrsinformationen und Ticketingmöglichkeiten aus einer Hand multimodales und nahtloses, d. h. grenz- und verkehrsmodiübergreifendes Reisen für den Nutzer zu ermöglichen. Die Maßnahme ist ein zentraler Baustein der EU-Strategie für nachhaltigen und intelligenten Verkehr aus dem Jahr 2020 (vgl. [Europa Info 10/2020](#), S. 8).

Connecting Europe-Fazilität: Förderaufrufe im Bereich Verkehr

Im Teilbereich Verkehr der Connecting Europe-Fazilität ([CEF](#)) ist bis zum **20. Januar 2024** um 17.00 Uhr der [Förderaufruf 2023](#) geöffnet.

Dabei stehen v. a. Studien und Umsetzungsmaßnahmen zur Vervollständigung des transeuropäischen Verkehrsnetzes (TEN-V) in den verschiedenen Verkehrsmodi im Fokus, u. a. zum schienenbezogenen Kapazitätsausbau in städtischen Knoten ([CEF-T-2023-COREGEN-RAIL-WORKS](#)). Aber auch Förderschwerpunkte zu neuen Technologien und Innovationen, v. a. Automatisierung und MDMS-Vorhaben (Studien), [CEF-T-2023-SIMOBGEN-NEWTECH-STUDIES](#) sowie zu multimodalen Passagierhubs in städtischen Knoten (Studien, [CEF-T-2023-SUSTMOBGEN-MULTHUB-STUDIES](#)), sind vorgesehen.

In Rücksprache mit den jeweiligen nationalen Verkehrsministerien kann aus der CEF üblicherweise ein Kostenzuschuss von zwischen 10 und 40 % (bei Planungsleistungen bis 50 %) gewährt werden.

Hierfür stehen europaweit etwa 7 Mrd. Euro zur Verfügung, was den diesjährigen Aufruf zum umfangreichsten in der Förderperiode 2021-2027 machen wird. Die Antragstellung erfolgt über das [EU Funding and Tenders](#)-Portal.

Die Folien eines virtuellen Informationstages sind [online](#) einsehbar, außerdem besteht im Bundesministerium für Digitales und Verkehr ein [nationaler Kontaktpunkt](#).

Energie, Klima und Umwelt

Luftqualität: EP legt Position zu neuer Richtlinie fest

Das Europäische Parlament (EP) einigte sich in seiner Plenumsitzung am 13. September 2023 auf eine gemeinsame [Position](#) zur Neufassung der Richtlinie über die Luftqualität und saubere Luft in Europa (Vorgang [2022/0347\(COD\)](#), vgl. [Europa Info 09/2022](#), S. 3).

Die Abgeordneten möchten in der künftigen EU-Luftreinhaltepolitik über den bereits ambitionierten Kommissionsvorschlag hinausgehen und sehen u. a. die folgenden Änderungen vor:

- ★ Mit Blick auf die konkreten Schadstoffgrenzwerte soll sich die künftige EU-Rechtsetzung bis 2035 vollständig an den von der Weltgesundheitsorganisation WHO vorgeschlagenen Grenzwerten orientieren, bis 2030 übernimmt das Parlament die von der Kommission vorgeschlagenen Werte. Dies bedeutet u. a. für Feinstaub (PM_{2,5}, PM₁₀), NO₂ (Stickstoffdioxid) und O₃ (Ozon) deutlich

verschärfte Grenzwerte. Im Zuge einer regelmäßigen Überprüfung ab 2028 würde sich die Union außerdem verpflichten, ggf. aktuellere WHO-Grenzwerte vollständig zu übernehmen.

- ★ Die EP-Position sieht außerdem mehr Messpunkte und die NUTS2-Ebene (in Deutschland die Regierungsbezirke) als zentralen Erhebungsraum vor. Die Luftqualitätsindizes der Mitgliedstaaten sollen vereinheitlicht und Luftverschmutzung transparenter kommuniziert werden.
- ★ Neu eingeführt würde das Instrument eines sogenannten „Luftqualitätsfahrplans“, mit dem bereits vor Verletzung der Grenzwerte von den zuständigen Behörden kurz- und langfristige Strategien und Maßnahmen zur Einhaltung dieser Grenzwerte erarbeitet werden.
- ★ Den kontroversen neuen Artikel zum individuellen Schadensersatzanspruch wollen die Abgeordneten weiter verschärfen. Nach dem Willen des EP sollen bei vermuteten Gesundheitsschäden innerhalb von zehn Jahren Regressforderungen gegenüber den zuständigen Behörden geltend gemacht werden können, auch in Form von Sammelklagen durch NGOs. Die verklagte Behörde müsste dann in einer Umkehr der Beweislast nachweisen, dass die vorliegenden Gesundheitsschäden nicht durch mangelhafte Maßnahmen zum Schutz der Umgebungsluft entstanden sind und gleichsam ihr zur Verfügung stehende relevante Beweismittel auf Antrag auch der Klägerseite verfügbar machen.

Das EP entfernt sich damit in der Tendenz eher von den Positionen der deutschsprachigen kommunalen Interessenträger in Brüssel, wie sie u. a. auch vom Europabüro in einer entsprechenden [Stellungnahme](#) in den Gesetzgebungsprozess eingebracht wurden.

Die Vertretungen der Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union konnten sich ihrerseits noch nicht auf eine gemeinsame Position verständigen. Sobald beide gesetzgebende EU-Institutionen ihre Ausrichtungen formuliert haben, müssen sie sich wiederum untereinander auf einen finalen Rechtstext einigen. Nach wie vor wird ein solcher Kompromiss noch vor der Europawahl im Frühsommer 2024 angestrebt.

Konsultation: Gestaltung der zusätzlichen EU-Bauhaus-Mission

In Vorbereitung der angekündigten zusätzlichen EU-Mission zum Neuen Europäischen Bauhaus ([NEB](#), vgl. [Europa Info 07/2023](#), S. 4) hat die Europäische Kommission eine digitale Befragung zur Ausgestaltung freigeschaltet. Entsprechende Einschätzungen und Vorschläge können bis Anfang Dezember [online](#) eingereicht werden.

Konkret besteht die Befragung aus fünf verschiedenen Unterumfragen zu jeweils spezifischen Aspekten. Dies ist jeweils eine englischsprachige Konsultation zu

- ★ den [Zielen](#) der Bauhaus-Mission,
- ★ der entsprechenden [Implementierung](#),
- ★ geeigneten Forschungs- und Innovationsmaßnahmen zur [Transformation des Bausektors](#) (v. a. im Sinne einer Kreislaufwirtschaft),
- ★ Forschung- und Innovation hinsichtlich [innovativer Finanzierungsmechanismen](#)
- ★ sowie Forschung und Innovation bezüglich der entsprechenden [Bürgerbeteiligung und lokaler Demokratie](#).



Die Fragebögen sind weniger durch feste Ankreuzoptionen als vielmehr durch offene Textfelder charakterisiert.

Die Fragebögen legen nahe, dass sich die Mission auf „Revitalisierung“ von Stadtquartieren und Nachbarschaften mithilfe eines neuen „europäischen Designs“ im Sinne der Nachhaltigkeit und Inklusion fokussieren wird.

Die Ergebnisse der Befragung werden ein aktuell im [Aufbau](#) befindliches Expertengremium („Mission-Board“) inspirieren, das gemeinsam mit der Europäischen Kommission den genauen Zuschnitt und die Funktionsweise der Mission erarbeiten soll.

Weitere Kooperationsmöglichkeiten:

Im Rahmen des NEB werden 2024 auch wieder Bauhauspreise vergeben. Der Bewerbungsschluss für innovative Demonstrationsprojekte des Bauhausgedanken in verschiedenen Teildisziplinen endet am **10. November 2023** um 19 Uhr. Vertiefende Informationen zum Wettbewerb und dem Bewerbungsverfahren finden sich [online](#).

Außerdem ist vom 17. bis 21. April 2024 erneut ein sogenanntes Bauhaus-Festival mit einer zentralen Konferenz in Brüssel sowie europaweiten Begleitaktionen geplant. Hierzu bietet ebenfalls eine [Homepage](#) weitere Informationen.

Kurz notiert: RED und AFIR final bestätigt

Die Neufassung der Richtlinie über erneuerbare Energien (engl. kurz RED, vgl. [Europa Info 04/2023](#), S. 4) und die Verordnung über den Aufbau einer Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (engl. kurz AFIR, vgl. [Europa Info 04/2023](#), S. 8) sind inzwischen vom Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union final angenommen und unterzeichnet worden. Die [AFIR](#) (Vorgang [2021/0223\(COD\)](#)) tritt als unmittelbar gültige Verordnung nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der EU direkt in Kraft, die [RED](#) (Vorgang [2021/0218\(COD\)](#)) muss nun binnen zwei Jahren in nationales Recht überführt werden.

Bei der RED hatte die französische Regierung für einige Zeit ihre finale Zustimmung wegen aus ihrer Sicht unzureichenden Bestimmungen zur Kernenergie verweigert.

Die Umsetzung der AFIR wird durch einen entsprechenden Fördertopf unter der Connecting Europe-Fazilität Verkehr, dem Alternative Fuels Infrastructure Fund (AFIF), unterstützt. Informationen zum aktuellen Förderaufruf entlang der transeuropäischen Verkehrskorridore und in städtischen Knoten finden sich [hier](#).

Servicehinweis:

Ein Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung der verschiedenen EU Green Deal-Gesetzgebungsprozesse bietet unser spezielles [Online-Faktenblatt](#) (aktualisiert im Oktober 2023). Dort sind auch die wesentlichen kommunal- und regionalrelevanten Bestimmungen der RED und AFIR nochmals kompakt einsehbar.



Wirtschaft, Forschung und Innovation

Digitale Dekade: Erster Umsetzungsbericht

Die Europäische Kommission hat am 27. September 2023 ihren ersten englischsprachigen [Bericht](#) zur Umsetzung der [digitalen Dekade](#) sowie einen spezifischen [Länderbericht](#) für Deutschland veröffentlicht (vgl. [Europa Info 07/2022](#), S. 7). Die entsprechenden Fortschritte auf dem Weg zum Erreichen der [europäischen Digitalisierungsziele bis 2030](#) in den Schwerpunktbereichen „digitale Infrastruktur/Konnektivität“, „digitale Kompetenzen“, „Digitalisierung von Unternehmen“ und „Digitalisierung der öffentlichen Verwaltungen“ werden von der Kommission fortan jährlich und länderspezifisch erhoben.

Im Allgemeinen betont die Kommission, dass mit Blick auf die digitale Transformation eine „substanzielle Beschleunigung und Vertiefung der europäischen und mitgliedstaatlichen Aktivitäten“ sowie verstärkte entsprechende Investitionen notwendig seien. Die Bundesrepublik Deutschland schneidet bei der Digitalisierung von Unternehmen verhältnismäßig gut ab und konnte ihren Rückstand bei den digitalen Kompetenzen verringern. Eine Beschleunigung mahnt die Kommission beim Ausbau der digitalen Infrastruktur an, insbesondere beim Glasfaseranschluss bis zum Gebäude (FTTH). Bei der Verwaltungsdigitalisierung seien Fortschritte zu beobachten, die Anzahl digitaler Verwaltungsdienstleistungen bleibt aber zahlenmäßig begrenzt und ist oft nicht bundesweit verfügbar. Die Zusammenarbeit und Harmonisierung zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen und ihren Digitalisierungsbemühungen müsse daher weiter verbessert werden.

Die weiteren Länderberichte können [online](#) abgerufen werden. Die EU Kommission bietet außerdem ein deutschsprachiges [FAQ](#) sowie ein deutschsprachiges [Faktenblatt](#) zur Umsetzung der digitalen Dekade an.

Begleitend öffneten unter dem EU-Förderprogramm [Digitales Europa](#) außerdem zwei Förderlinien zum Aufbau eines EU-Datenraums in den Bereichen nachhaltiger Tourismus (Budget 8 Mio. Euro, [DIGITAL-2023-CLOUD-DATA-AI-05-DATATOURISM](#)) und Kulturerbe (Budget 4 Mio. Euro, [DIGITAL-2023-CLOUD-DATA-AI-05-CULTHERITAGE](#)). Konsortien zur Umsetzung dieser Datenarchitekturen können sich über die [EU Funding and Tenders](#)-Seite bis zum **23. Januar 2024** um 17:00 Uhr MEZ bewerben (alle Details sind unter den obigen Verlinkungen einsehbar).

Forschung und Innovation: Neue Förderaufrufe in Horizont Europa

Im thematischen [Teilbereich 6](#) „Lebensmittel, Bioökonomie, natürliche Ressourcen, Landwirtschaft und Umwelt“ des europäischen Forschungs- und Innovationsprogramms [Horizont Europa](#) werden in Kürze die verschiedenen Förderaufrufe für 2024 öffnen (zu Cluster 5 „Klima, Energie und Mobilität“ vgl. [Europa Info 05/2023](#), S. 5).

Dabei handelt es sich um eine Vielzahl an inhaltlich sehr spezifischen Einzelaufrufen, die bereits im Arbeitsprogramm 2023/24 angekündigt worden waren (vgl. [Europa Info 10/2022](#), S. 10). Die wesentlichen Schwerpunktbereiche („Destinations“) lauten:

- ★ Biodiversität (Destination 1: 12 Aufrufe, 112 Mio. Euro Budget)



- ★ Faire, gesunde und nachhaltige Nahrungsmittelerzeugung (Destination 2: 18 Aufrufe, 164 Mio. Euro Budget)
- ★ Kreislaufwirtschaft (Destination 3: 16 Aufrufe, 148 Mio. Euro Budget)
- ★ Nullverschmutzung (Destination 4: 5 Aufrufe, 61 Mio. Euro Budget)
- ★ Resiliente und nachhaltige Gemeinschaften (Destination 5: 5 Aufrufe, 27 Mio. Euro Budget)
- ★ Klimaschutz in Land- und Wasserbewirtschaftung (Destination 6: 7 Aufrufe, 75 Mio. Euro Budget)
- ★ Innovation in Governance, Umweltbeobachtung und digitalen Anwendungen zur Unterstützung des Green Deals (Destination 7: 12 Aufrufe, 133,5 Mio. Euro Budget)

Aus regionaler/kommunaler Perspektive könnten dabei u. a. folgende Aufrufe interessant sein:

- ★ Landnutzungswechsel und Klimawandel ([HORIZON-CL6-2024-CLIMATE-01-4](#), RIA),
- ★ Innovationen für Klimaneutralität in ländlichen Gemeinden ([HORIZON-CL6-2024-COMMUNITIES-02-1-two-stage](#), IA),
- ★ neue Kreislaufösungen und dezentralisierte Ansätze in der Wasser- und Abwasserbewirtschaftung ([HORIZON-CL6-2024-CircBio-02-4-two-stage](#), IA),
- ★ naturbasierte Innovation zum Umgang mit Wasserknappheit ([HORIZON-CL6-2024-BIODIV-02-1-two-stage](#), IA)
- ★ oder ganzheitliche digitale Ansätzen zum effektiven Monitoring der Wasserqualität in Metropolräumen ([HORIZON-CL6-2024-ZEROPOLLUTION-02-1-two-stage](#), IA).

Die Antragstellung erfolgt über das [EU Funding and Tenders](#)-Portal, wo die jeweiligen Ausschreibungstexte auch im Detail einsehbar sind. Bewerbungsfrist ist überwiegend der **22. Februar 2024** (17.00 Uhr MEZ).

Die Unterlagen eines digitalen englischsprachigen [Informationstages](#) sind online abrufbar. Weitere Informationen finden sich auf unserer [Homepage](#), es besteht außerdem eine spezifische [nationale Kontaktstelle](#).

Zu den Aufrufen 2024 im Cluster 5 „Klima, Energie und Mobilität“ findet außerdem am **17. Oktober 2023** ab 9 Uhr ein weiterer digitaler Informationstag in englischer Sprache statt. Eine [Anmeldung](#) ist vorab erforderlich.

Hintergrund:

Horizont Europa richtet sich neben öffentlichen Einrichtungen auch an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovative Unternehmen. Für eine Bewerbung sind meist europäische Konsortien mit mindestens drei voneinander unabhängigen Einrichtungen aus drei verschiedenen EU-Mitglied- oder assoziierten Staaten notwendig. Die Förderquote beträgt bis zu 100 %. Förderzusagen werden in einem intensiven Wettbewerbsverfahren nach Exzellenz des Vorhabens, Qualität der Bewerbung und Passgenauigkeit auf die Ausschreibung vergeben.

Das Europabüro unterstützt kommunale und regionale Akteure auf Anfrage gerne bei der internationalen Partnersuche und -vermittlung.



Neues aus dem Europabüro

Stellenausschreibung: Fachreferent Europapolitik (m/w/d)

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain sucht zur Verstärkung seines Frankfurter Teams ab sofort einen Fachreferenten Europapolitik (m/w/d) in Vollzeit. Die Stelle am Dienort Frankfurt bietet vielseitige Aufgaben mit spannenden Gestaltungsmöglichkeiten an der Schnittstelle zwischen unserer Region und den EU-Institutionen. Zu den Aufgaben zählen u. a. Entwicklung und Umsetzung von Förderprojekten, Interessenvertretung, Netzwerkarbeit sowie Fördermittelberatung mit inhaltlichem Fokus auf die Zukunftsthemen Mobilität und Verkehr, Umwelt, Energie, Klima und Digitalisierung.

Eine ausführliche Stellenausschreibung findet sich auf unserer [Homepage](#) oder der [Website des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain](#). Bewerbungen sind noch bis zum **18. Oktober 2023** möglich.

Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie zusammen mit **bereits über 750 Followern** ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

FrankfurtRheinMain

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 [europabuero-frm.de](#) 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

435 Folge ich 785 Follower



@RegionFrankfurt

FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 26. Sep. Einmal mehr #FrankfurtRheinMain auf der #MissionCities-Landkarte: Wir freuen uns für @Stadt_Wiesbaden und gratulieren zur Teilnahme am Twinning-Programm der EU Städtemission! @ERRINNetwork

NetZeroCities @NetZeroCitiesEU · 25. Sep.

40 cities have been selected to join our Twinning Learning Programme as part of the EU's #MissionCities! They have been matched with 25 #PilotCities activities to replicate systemic innovation approaches towards #climaneutrality. #EUMissions... [Mehr anzeigen](#)



EU CITIES MISSION
Call for Twin Cities

- 25 Pilot Activities have been matched with Twin Cities to work and learn together
- 27 Non-Mission Cities will benefit from the Twinning Learning Programme
- 13 Mission Cities have been selected to learn from cities in the Pilot Cities Programme
- 20 Countries are represented, in the European Union and H2020 associated countries

40 Twin Cities
Have been selected to join the NetZeroCities Twinning Learning Programme

🗨️ 1 🔄 1 ❤️ 1 📊 70 📌

FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 9. Okt. ACHTUNG, Deadline morgen! Das @BMDV fördert nachhaltige städtische Mobilitätspläne #SUMPs nach EU-Standard mit bis zu 65%, einfache Beantragung mit Formblatt via Mail. Mehr: [bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/](#)

Förderaufruf für nachhaltige urbane Mobilitätspläne

ARTIKEL

Förderaufruf für nachhaltige urbane Mobilitätspläne

🗨️ 🔄 ❤️ 📊 40 📌